



Windenergieanlagen wie hier auf dem Mont Crosin sorgen derzeit im Seeland für rote Köpfe.

Windkraftwerke

Widerstand gegen den Kanton: Elf Seeländer Gemeinden fordern Vetorecht bei Windrädern zurück

Elf Seeländer Gemeinden wehren sich gemeinsam dagegen, dass die Berner Regierung die Mitbestimmung bei Windparks kippen will. Sie werfen dem Kanton Verfassungswidrigkeit vor. Der Widerstand im Seeland gegen die Windenergie-Pläne des Kantons Bern geht weiter. Elf Gemeinden – angeführt von Barga – haben gemeinsam eine zwölfseitige Stellungnahme beim Kanton eingereicht. Der Vorwurf wiegt schwer: Mit dem Entwurf einer dringlichen Einführungsverordnung versuche der Regierungsrat, das kantonale Recht zu beugen. Die Verordnung will den Standortgemeinden das Mitspracherecht bei Solar- und Windkraftprojekten von nationalem Interesse entziehen.

Unterzeichnet ist die Stellungnahme vom Bargaer Gemeindepräsidenten Christian Bracher (parteilos). Mitunterzeichnende Gemeinden sind Aarberg, Bütigen, Bühl, Diessbach, Dotzigen, Grossaffoltern, Kallnach, Siselen, Rapperswil und Walperswil. Das Fazit der happyen Stellungnahme ist: Der regierungsrätliche Erlass sei verfassungswidrig.

Kritisiert wird insbesondere, dass die betroffenen Standortgemeinden nicht einmal zur Konsultation eingeladen worden seien; sie hätten erst Mitte August durch Zufall von den Plänen erfahren. In den vergangenen Tagen hatten bereits andere Gemeinden wie Diessbach oder Bütigen dies scharf kritisiert.

Verordnung stoppen oder massiv nachbessern

In ihrer Eingabe fordern die Gemeinden den Kanton auf, die Verordnung zu stoppen. Das Vorhaben gehöre ins ordentliche Gesetzgebungsverfahren über den Grossen Rat. Zudem sei der Schritt ein Wortbruch: Im Richtplanverfahren habe der Kanton versprochen, dass die Stimmbürger an der Urne das letzte Wort behalte.

Sollte der Kanton am Kurs festhalten, fordern die Gemeinden massiv nachgebesserte Schutzrechte. Das geplante Anhörungsrecht sei eine blosse Alibi-Übung. Die Gemeinden fürchten, auf den Schäden von 250 Meter hohen Turbinen – von Lärm über Strassenabnutzung bis zu unklaren Rückbaukosten bei Pleiten – sitzenzubleiben.

«Tempo darf nicht vor Demokratie gehen», steht in einer Mitteilung der Gemeinde Barga. Die Gemeindeautonomie sei ein tragender Pfeiler des Staates und kein «Verfahrenshindernis».